

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2,80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. A. Förster's Erben. Verantwortlich für Druckliches u. Sächsisches, Unterhaltungs-Teil, Sport u. Anzeigenteil Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politisches und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz, D. A. III.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Hitler-Str. 4, Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 100

Mittwoch, den 29. April 1936

88. Jahrgang

Erhöhung der Lebenshaltung

Dritte Tagung der Reichsarbeitskammer

In Gegenwart des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley fand im Berliner Rathaus die dritte Tagung der Reichsarbeitskammer statt, auf deren Tagung allein das Thema „Erhöhung des Lebensstandards“ stand.

Nach den Ausführungen des Leiters des Amtes Soziale Selbstverantwortung, Dr. Hupfauer, kann die Frage des gerechten Lohnes nur gelöst werden im Sinne und aus dem Gedankengut der nationalsozialistischen Weltanschauung heraus. Der völkische Mensch ist an einen bestimmten Raum und an eine bestimmte völkische Art gebunden. Die gesamte Leistung des deutschen Menschen muß zur Erhaltung der Lebenskraft und des Lebensraumes des Volkes dienen. Dem einzelnen Menschen muß als Lohn ein Anteil werden an dem Gesamtleben des Volkes, an allen Mühen und Segnungen.

Eine Erhöhung des Lebensstandards liegt darin, den Wachstumswillen des Volkes dadurch anzuregen, daß man ihm artgemäße Wege weist. Beispiele dafür sind die Schaffung der Reichsautobahnen, die immer neue Pulschläge der Arbeit nach sich ziehen, die Schule des Reichsarbeitsdienstes, die die seelischen und körperlichen Kräfte der jungen Menschen wachsen läßt, Erhaltung der Arbeitskraft durch Urlaube, Erholung und Feierabendgestaltung, wirtschaftliche Lenkung des Verbrauchs, Wiedergewinnung und Erweiterung aller Aufbaucräfte überhaupt. Jedem muß die Möglichkeit gegeben werden, an den Vorzügen unserer gesamten Volkskultur teilzunehmen.

Zu der gleichen Frage sprachen dann je ein Betriebsführer und ein Betriebswalter. Dr. Botsche, Betriebsführer der Bayerischen Stickstoffwerke AG., Pflaieritz, konnte von vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Betriebsführung und Gefolgschaft berichten. Seine Ausführungen waren von der Sorge um

den deutschen Arbeiter getragen. Er führte zahlreiche Beispiele sozialer Werksaufgaben an: Sicherung des Arbeitsplatzes, Berufserziehung, Unfallverhütung, Entschuldung schuldblos in Not geratener Werkstameraden usw.

Für einen Nationalsozialisten, erklärte er, sei es das größte Glück, Menschen im Betriebe betreuen zu dürfen.

Parteienoffizier König, Betriebswalter des Eisen- und Stahlwerks Hoersch, Köln-Neuessen AG., Dortmund, führte aus seinen Erfahrungen und seinem Wirken in diesem großen Werk viele Beispiele an. Er befürwortete den Übergang vom Wochen- und Tagelohn des Arbeiters zur monatlichen Entlohnung. In drei Abteilungen des Wertes sei dieser Übergang zur vollsten Zufriedenheit der Arbeiterschaft vollzogen worden. Dieses Verfahren sei geeignet zur Befestigung wirtschaftlicher und sozialer Härten.

Zum Schluß drückte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley seine Freude über die zahlreichen Anregungen dieser Tagung aus. Der deutsche Arbeiter wisse echte Betriebsführer von unechten sehr gut zu unterscheiden. In der nationalsozialistischen Gemeinschaft werde von jedem eine Höchstleistung verlangt. Aber jeder könne sich in dieser Gemeinschaft nach seinen Fähigkeiten entfalten. Durch die Betriebsgemeinschaften sei eine saubere und vernünftige Ordnung der Gemeinschaft geschaffen worden. Man müsse den Menschen in seinem Beruf stark machen durch gute Berufsausbildung, müsse ihn gesund erhalten, einen vernünftigen Lebenslohn aufbauen, den Menschen in seiner Freizeit tätigen für neue Arbeit, ihn an den Kulturwerten teilnehmen lassen und ihn für Notzeiten sicherstellen.

Dr. Ley teilte u. a. mit, daß für ein großzügiges Siedlungswerk die Pläne bereits fertig seien, und daß sie in wenigen Jahren in Angriff genommen würden.

Dr. Ley betonte, daß er jedes Jahr die Woche vor dem 1. Mai dazu benutzen wolle, um einen Rück- und Ausblick auf die Arbeit der DAF zu geben. Die Leistungen der Deutschen Arbeitsfront im vergangenen Jahre faßte er dahin zusammen, daß sich die DAF in diesem Zeitraum innerlich gefestigt habe. Scharf wandte er sich gegen diejenigen, die ihr Wollen verwässern möchten. Die DAF habe den Unternehmer gelehrt, daß er seine Interessen am besten in der Gemeinschaft vertrete. Unternehmer und Gefolgschaftsmänner müßten begreifen, daß sie zusammengehören.

Der Aufbau der Sozialversicherung

Der Führergrundsatz bei den Landkrankenkassen.

Die im Reichsgeheblatt erscheinende 14. Verordnung des Reichsarbeitsministers zum Aufbau der Sozialversicherung führt bei den Landkrankenkassen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften den Führergrundsatz durch und trifft Bestimmungen über die Person des Leiters bei diesen Versicherungsverträgern. Die Verordnung enthält weiter Vorschriften über Leiter und Beirat bei allen Trägern der Sozialversicherung mit Ausnahme der Krankenkassen der Krankenversicherung, für die bereits eine Sonderregelung besteht. Der Leiter hat alljährlich einen Haushaltsplan aufzustellen. Er bedarf nach Schluß jeden Geschäftsjahres der Entlastung.

Um die verantwortliche Mitarbeit des Beirats bei den Trägern der Sozialversicherung als Einrichtungen der Selbstverwaltung sicherzustellen, verpflichtet die Verordnung den Leiter, vor der Entscheidung über wichtige Angelegenheiten den Beirat zu hören. Der Beirat muß gehört werden vor Erlaß und Änderung der Satzung und bei der Feststellung des Haushaltsplanes. Der Beirat hat ferner die Jahresrechnung abzunehmen. Soweit er die Abnahme verweigert, entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Deutsche Arbeitskammeradschaft

Gemeinsame Flagge für den Seedienst Ostpreußen.

Die Besatzungen der drei eigenen Schiffe des Seedienstes Ostpreußen „Lannenberg“, „Hansestadt Danzig“ und „Preußen“ haben den Reichs- und preußischen Verkehrsminister gebeten, die Führung einer gemeinsamen Flagge durch die drei Schiffe zu genehmigen.

Die erbetene Genehmigung hat der Minister um so lieber erteilt, als der gemeinsame Antrag der gesamten Besatzungen zeigt, wie das Bewußtsein der schönen Aufgabe der Mitarbeit am Aufbau des deutschen Ostens die Besatzungen dieser von drei verschiedenen Reedereien, dem Norddeutschen Lloyd, der Firma J. F. Braeunlich und der Hapag-Bäderdienst G. m. b. H. mit bester deutscher Reedertum betriebenen schönen Schnellschiffe in dem Gefühl echter deutscher Arbeitskammeradschaft fest zusammengeschweißt hat. Die Flagge wird im Großtopp der Schiffe über der Kontorflagge der betriebführenden Reederei geführt werden und soll bei der Flaggenparade am Nationalen Festtag des Deutschen Volkes, am 1. Mai, zum ersten Male feierlich gesetzt werden.

Die Flagge zeigt auf rotem Felde ein Wappenschild in Weiß mit schwarzem Kreuz und gleicher Beschriftung.

Politische Rundschau

Sammlung zugunsten des deutschen Volkstums im Ausland. Durch Erlaß des Reichs- und preußischen Ministers des Innern vom 24. April ist dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland am Sonnabend, den 23., und Sonntag, den 24. Mai, eine Haus- und Straßensammlung bewilligt worden. Die Ergebnisse der Sammlung dienen der Erhaltung deutscher Kultureinrichtungen im Auslande und sozialen Hilfsaufgaben für deutsches Volkstum im Ausland.

Die erste BDM-Arbeitschule wird am 15. Mai in Saarbrücken eröffnet. Ihr Wirkungsbereich erstreckt sich auf das ganze Reich. Sie ist die erste Schule dieser Art und vereinigt in vorbildlicher Weise alle Wissenszweige einer Hauswirtschaftsschule mit den übrigen Schulungsaufgaben des BDM.

Mehr Arbeit, mehr Lohn

Arbeit der niedrigen Lohnklassen von 40,2 auf 29,3 Prozent zurückgegangen

Eine Aufgliederung der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, die von der Reichsanstalt durchgeführt wurde, hat die erfreuliche Tatsache ergeben, daß der Anteil der niedrigen Lohnklassen mit Besserung der Wirtschaftslage erheblich zurückgegangen ist, daß also die deutschen Arbeiter mehr Lohn einnehmen. Von Mitte Juli 1930 bis Mitte Januar 1933 war der Anteil der vier unteren Lohnklassen der neu in die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung gekommenen von 18 auf 40,2 v. H. gestiegen, also auf mehr als das Doppelte, ein deutliches Zeichen der schweren Verschlechterung der Wirtschaftslage auch auf der Lohnseite. Diese Bewegung ist nunmehr in das Gegenteil umgeschlagen.

Der Anteil der unteren Lohnklassen lag im Sommer 1935 unter dem Anteil im Sommer 1934, im Winter 1935 unter dem Anteil im Winter 1934; und ganz besonders deutlich ist die Verminderung des Anteils der vor ihrer Arbeitslosigkeit gering bezahlten Hauptunterstützungsempfänger beim neuesten Stande (29. Februar 1936), wo nur noch 29,3 v. H. der Hauptunterstützungsempfänger den Lohnklassen I bis IV zugehören gegen 37,8 v. H. Ende Februar 1935.

Umgekehrt ist etwa ab Mitte 1934 die Befehung der mittleren und oberen Klassen anteilmäßig gestiegen, und zwar aus zwei Ursachen; einmal trägt die Verringerung des Anteils der Jugendlichen mit ihrem im allgemeinen geringeren Arbeitsentgelt zu dem Ergebnis bei, dann aber liegt zweifellos auch eine Erhöhung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts vor.

Wenn auch, so sagt die Reichsanstalt, die Tariflöhne sich in den letzten Jahren nur unwesentlich geändert haben, so bleiben doch genügend Möglichkeiten für tatsächliche Einkommenssteigerungen, wie Erhöhung des Arbeitseinkommens durch Erhöhung der Arbeitszeit. Mehr als zwei Drittel der männlichen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung entfielen am 29. Februar d. J. auf die Lohnklassen V bis VIII; 4,5 v. H. der Männer waren in

den Klassen IX bis XI, hatten also ein wöchentliches Arbeitsentgelt von über 48 RM.

Rossoni bei der DAF

Begrüßung durch Dr. Ley.

Der italienische Landwirtschaftsminister Rossoni, der sich in seinem Vaterlande mit besonderem Eifer der Arbeiterfrage widmet, unterrichtete sich über die Berliner Einrichtungen der Deutschen Arbeitsfront. Nachdem er am Vormittag Berliner Betriebe besucht hatte, besuchte der Minister am Nachmittag das große Gebäude des Reichsarbeitsamtes der Deutschen Arbeitsfront am Fehrbelliner Platz.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley begrüßte den italienischen Gast mit einer kurzen Ansprache, in der er betonte, daß in Deutschland die Arbeitsfront in ähnlicher Weise wie das faschistische Regime in Italien es verstanden habe, die Herzen der Arbeiterschaft zu gewinnen, so daß heute der deutsche Arbeiter begeistert an seinem Führer hänge und mit seinem Volke verbunden sei.

Minister Rossoni erklärte in seiner Antwort, er habe schon bei seinem kurzen Aufenthalt in Deutschland, sich von der Gleichheit des Strebens der Regierungen in Deutschland und Italien überzeugen können. In beiden Ländern sei es gelungen, dem Arbeiter wieder Disziplin und Begeisterung für die Volksgemeinschaft einzuführen. Die Welt werde einsehen müssen, daß der Kampf gegen den Bolschewismus eine Aufgabe sei, die über die Grenzen von Deutschland und Italien hinaus alle Staaten durchzuführen müßten, die auf ihre Selbsterhaltung bedacht sind.

Die Arbeitsfront innerlich gefestigt

Im Sitzungssaal der Deutschen Bank der Arbeit in Berlin hielten die führenden DAF-Walter, Amtsleiter und Gauwalter der Deutschen Arbeitsfront eine Tagung ab, auf der

